

FORMULAR DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER JUSO SCHWEIZ

VON DEN UNTERSTÜTZER*INNEN AUSZUFÜLLEN

UNTERSTÜTZER*IN- NEN	Andri Meyer (Solothurn), Leo Valentin Hug (Solothurn), Charlotte Günther (Stadt Bern), Laura Ivanova (Solothurn), Enno Kalbfell (Solothurn), Jonas Leuenberger (Solothurn), Jakub Walczak (Stadt Bern)					
 ☑ RESOLUTION ☐ ANTRAG AN DIE DV ☐ ANTRAG AN DIE STATUTEN ☐ ANTRAG AN DAS BUDGET ☐ SONSTIGE (bitte angeben): 						
TITEL	Sozialistische Agenda statt Anti- Personenkult	Nº (vor	R4 n der Geschäftsleitung auszufüllen)			
ENTWICKLUNG						

Am 06.11.2024 wurde klar, dass Donald J. Trump die Wahl zum 47. Präsident der Vereinigten Staaten gewonnen hat. Dies führte innerhalb der europäischen Linken überwiegend zu schockierten Reaktionen und der Aufforderung, als Antwort auf Trumps Wahlsieg nun bei der eigenen Organisation aktiv zu werden. So kommunizierten auch die SP Schweiz und die JUSO Schweiz.

Viele Menschen wurden durch die Wahl Trumps alarmiert und es ist wichtig, das Mobilisierungspotenzial der Situation maximal auszuschöpfen. Doch die vorherrschende bisherige Haltung fusst lediglich darauf, einen Anti-Personenkult gegen Donald Trump aufrecht zu erhalten. Diese Art der Kommunikation gegen aussen lehnen wir klar ab, denn sie hat nicht das Potenzial, Menschen gegen Austerität und Faschist*innen zu mobilisieren, wie dies eine klare sozialistische und krisenbeständige Agenda hat.

Beim Betrachten des vermeintlichen Wahlsieges lässt sich feststellen, dass Trumps Zustimmung in allen Bevölkerungsgruppen zugenommen hat und nicht an einzelnen festgemacht werden kann.¹ Dies lässt darauf schliessen, dass die Bevölkerung der Vereinigten Staaten Trump nicht aus tiefer Überzeugung wählte, sondern aus Frustration gegenüber den Demokrat*innen und deren Politik, die die wirtschaftliche Situation der Arbeiter*innenklasse prekärisiert und auch keinen Ausweg daraus

¹ Trump hat nicht gewonnen – Harris hat verloren | JACOBIN Magazin

aufzeigen kann. Letzteres überrascht nicht, da die demokratische Partei dem bürgerlichen Spektrum zuzuordnen ist.

Die herrschende Linie innerhalb dieser Partei und des medialen Establishments in den USA lässt sich mit dem Begriff des «progressiven Neoliberalismus» beschreiben². Dieser verkennt die Dringlichkeit und Relevanz von wirtschafts- und sozialpolitischen Ideen der klassischen Linken, wie Vermögensumverteilung und staatlichen Markteingriffen.

Die Demokrat*innen tragen Austeritätspolitik mit, resp. betreiben ihre eigene Version davon. Studien³ zufolge führt Austeritätspolitik zu einem erstarken der (extremen) Rechten. Auch die meisten sozialdemokratischen Parteien in Europa tragen – teils in Regierungen – abbauende Politik auf Kosten der Arbeiter*innenklasse mit oder vermögen es höchstens, diese etwas abzuschwächen.

Es wird also klar, dass es nicht einfach reicht, nicht Trump oder irgendein anderer Kopf der extremen Rechten zu sein, um diese zu bezwingen. Entsprechend ist es jetzt wichtiger denn je, mit einer klaren und glaubhaften Agenda für die Arbeiter*innenklasse einzustehen. Das muss das Learning einer kämpferischen Linken nach diesen Wahlen sein.

Forderungen:

- 1. Die JUSO Schweiz ändert ihre Kommunikation in Zukunft so ab, dass der Fokus auf der fehlenden linken Agenda der Demokrat*innen und der dadurch resultierenden Niederlage liegt und nicht auf dem Obsiegen eines Faschisten über eine "progressivere" Kandidatin.
- 2. Die JUSO lehnt das Konzept des progressiven Neoliberalismus ab.
- 3. Die Verantwortung für Trumps Wahl ist nicht bei einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zu suchen.
- 4. Beim Anbringen von Kritik an Trump soll durch das Aufzeigen einer sozialistischen Vision auch ein glaubwürdiger Ausweg aus der Abwärtsspirale gezeigt werden.
- 5. Parallelen zur schweizerischen/europäischen Politik sollen benannt werden.
- 6. In der antifaschistischen Arbeit darf das Bekämpfen der hiesigen Bourgeoisie nicht vernachlässigt werden.

BEGRÜNDUNG
(falls zutreffend)

VON DER GESCHÄFTSLEITUNG AUSZUFÜLLEN

POSITION DER GE-	Ablohnon
SCHÄFTSLEITUNG	Ablehnen.

² https://www.blaetter.de/ausgabe/2017/februar/fuer-eine-neue-linke-oder-das-ende-des-progressiven-neoliberalismus

³ Macht Sparen rechts? Und warum? - Politik & Ökonomie Blog

BEGRÜNDUNG (falls zutreffend)

Es ist klar, dass die Demokratische Partei in den USA eine bürgerliche Partei ist, die eine neoliberale und rassistische Politik verfolgt und somit die Lebensbedingungen für die Arbeiter*innenklasse verschlechtert. Die Amtszeit von Biden hat das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber dieser Partei und der Classe politique weiter verstärkt.

Die Resolution R4 keine sozialistische Analyse-zum Ergebnis der Wiederwahl von Donald Trump.

Erstens ist die Demokratische Partei keine linke Partei und kann auch nicht mit linken Parteien verglichen werden. Sie verfolgen eine bürgerliche Politik, die die Interessen ihrer Führungskräfte und ihrer Geldgeber*innen vertreten.

Das Wahlergebnis in den USA ist nicht das Scheitern liberaler und gemässigter linker Politik. Es ist der Sieg eines neoliberalen, faschistoiden und protektionistischen Modells über das Modell, das stärker auf Freihandel und einen pseudoprogressiven Ansatz setzt. Die gegenwärtige Politik der Demokratischen Partei kann nicht als Gegensatz zu einer hypothetischen sozialistischen Politik gesehen werden, die sie möglicherweise verfolgen könnte. Sie ist unfähig dazu, weil eine solche Politik ihren eigenen Interessen widerspricht.

Für die bürgerlichen Akteur*innen, deren Interessen die Demokratische Partei verteidigt, ist diese Niederlage relativ: Ihre bürgerlichen Klasseninteressen bleiben im Wesentlichen gewahrt. Die Wahl ist vor allem eine schlechte Nachricht für die Arbeiter*innenklasse und insbesondere für Minderheiten, deren materielle Lebensbedingungen sich rasanter verschlechtern werden als bisher. Man darf nicht ignorieren, dass diese Wahl ein Wegweiser in Richtung Faschismus ist, was globale Auswirkungen haben wird.

Die Wiederwahl von Donald Trump ist mehr als ein Scheitern der Demokratischen Partei, sie ist ein Zeugnis dafür, dass sich eine linke politische Option in den USA nicht durchsetzen kann. Die USA sind eine Kolonie, die auf dem Völkermord an den Ureinwohner*innen, der Sklaverei und der Apartheid fundiert wurde. Die materiellen Grundlagen der europäischen Länder sind unterschiedlich, was sich auch in ihrer parteipolitischen Struktur widerspiegelt, auch wenn Parallelen gezogen werden können.

Zusammengefasst ist diese Wiederwahl nicht als Lehre für unsere eigene Politik zu interpretieren, sondern als logische Entwicklung des amerikanischen Imperialismus.

Aus diesen Gründen empfiehlt die Geschäftsleitung, die Resolution R4 abzulehnen.

Die Geschäftsleitung ist der Ansicht, dass die oben genannten politischen Argumente ausreichen, um die Ablehnung der Resolution zu rechtfertigen, möchte jedoch einige formale Punkte anfügen:

- Das eingereichte Dokument stellt sich als Resolution dar, enthält jedoch « Forderungen », die im Wesentlichen Massnahmen zur Kommunikation unserer Partei in den sozialen Medien betreffen. Diese Forderungen, die eher interne Massnahmen sind, wären besser in einem Antrag zu schreiben.
- Das eingereichte Dokument kritisiert die strategische Entscheidung, die Kommunikation in den sozialen Medien auf die Figur Donald Trump zu konzentrieren, begründet diese Position jedoch nicht mit strategischen Überlegungen. Trump als Symptom der allgemeinen Faschisierung der Gesellschaft zu bezeichnen, bedeutet nicht zwangsläufig, die Dynamiken der amerikanischen Politik zu ignorieren.

Die GL_möchte jedoch betonen, dass das Thema von zentraler Bedeutung für die globale Geopolitik ist und dass es sich lohnen würde, an der Jahresversammlung im Februar 2025 eine Resolution mit einer eingehenderen Analyse zu diskutieren.

VOM VERSAMMLUNGSVORSITZ AUSZUFÜLLEN

ORT DER DV			DATUM DER DV		
ABGABEFRIST			DATUM DER ABGABE		
NOTWENDIGKEIT E ORDNUNGSANTRA			JA	□ NEIN	
ERGEBNIS					
☐ ANGENOMMEN		□ ABGELEHNT		□ ZURÜCKGEZOGEN	
□ ABGELEHNT ZUGUNSTEN VON					
ANZAHL STIMMEN (falls ausgezählt)					
JA	NEIN		EN	ENTHALTUNG	
BEMERKUNGEN:					